

Michael Fuchs u.a.

Forschungsethik. Eine Einführung

Stuttgart: Verlag J.B. Metzler 2010

Downloadmaterialien zum Buch

Übungsaufgaben und Lösungen

Übungsaufgaben

Zu Kapitel I.2: Typen ethischer Theorien

Im Folgenden sind vier kurze Statements verschiedener Autoren zu unterschiedlichen Themen der Forschungsethik abgedruckt. Es handelt sich lediglich um kurze Auszüge aus längeren Aufsätzen oder Büchern, die als solche nicht repräsentativ für den Inhalt des Gesamttextes sind, aber interessante ethische Kernaussagen enthalten. Versuchen Sie, diese Kernaussagen als tugendethisch, deontologisch oder teleologisch einzustufen. Begründen Sie Ihre Zuordnung und halten Sie fest, welche Hinweise Sie hierfür in den Texten finden.

„Ich möchte das Problem von sogenannter ‘tainted information’ [verdorbener Information] untersuchen. Dabei handelt es sich um die Nutzung von Informationen aus Forschung, bei der keine hohen moralischen Standards beachtet wurden. Unter bestimmten Umständen wird man sagen können, dass es falsch ist, solche Informationen zu verwenden. Aber die Frage bleibt: Ist es *immer* falsch, dies zu tun? Vielleicht haben wir das Empfinden, dass die Nutzung von Resultaten aus unmoralischen Experimenten uns zu Komplizen derjenigen macht, die diese Forschung durchgeführt haben. Ich selbst vermute allerdings, dass es nur dann unmoralisch ist,

solche Daten zu verwenden, wenn dies darauf hinausläuft, dass solche Versuche auch in Zukunft durchgeführt werden“ (Zion 1998, 232 [Übersetzung D.H.]).

„In gewissem Umfang kann man die Nutzung von Ergebnissen moralisch zweifelhafter Forschungsprozeduren mit der Nutzung von gestohlenen Gütern durch Personen vergleichen, die nicht ihre rechtmäßigen Besitzer sind“ (de Castro 1998, 387f. [Übersetzung D.H.]).

„Kann ich also im Namen des moralischen Gesetzes verpflichtet werden, mich für medizinische Experimente zur Verfügung zu stellen? [...] An wen sollte sich der Appell richten? Der natürliche Herausgeber des Aufrufs ist auch sein erster natürlicher Adressat: der medizinische Forscher selbst und die wissenschaftliche Gemeinschaft insgesamt. [...] Nach weiteren Probanden sollte man dort suchen, wo ein Maximum an Identifikation, Einsicht und Spontaneität erwartet werden darf – d.h. unter den am meisten motivierten, am besten ausgebildeten und am wenigsten ‘gebundenen’ Mitgliedern der Gesellschaft. [...] Wir sollten festhalten, dass dies das Gegenteil eines sozialen Nützlichkeitsstandards ist, die Umkehrung einer Ordnung gemäß ‘Verfügbarkeit und Entbehrlichkeit’: Die wertvollsten und seltensten, die unentbehrlichsten Teile des sozialen Organismus werden als die ersten Kandidaten für Risiko und Opfer angesehen. Es ist der Standard von *noblesse oblige*; und ungeachtet all seiner Verletzung des Nutzenprinzips und scheinbaren ‘Verschwendung’ erfüllt er uns mit einem Gefühl der Richtigkeit“ (Jonas 1969, 15, 17, 18, 20 [Übersetzung D.H.]).

„Ich schlage daher vor [...], man sollte sie [Forschung am Menschen] als eine soziale Notwendigkeit für die Gemeinschaft ansehen, inhärent gefährlich im Falle des Missbrauchs, doch bei weisem Umgang im doppelten Dienste eines Nutzens für die Gemeinschaft insgesamt und einer Bereicherung für das Individuum, das sich zu dem Privileg entschließen kann, daran teilzunehmen“ (Edsall 1969, 290 [Übersetzung D.H.]).

Verwendete Literatur

- Castro, Leonardo D. de: Ethical Issues in Human Experimentation. In: Helga Kuhse/Peter Singer (Hg.): *A Companion to Bioethics*. Oxford/Malden, Mass. 1998, 379-389.
- Edsall, Geoffrey: A Positive Approach to the Problem of Human Experimentation. In: Paul A. Freund (Hg.): *Experimentation with Human Subjects*. New York 1969, 276-292.
- Jonas, Hans: Philosophical Reflections on Experimenting with Human Subjects. In: Paul A. Freund (Hg.): *Experimentation with Human Subjects*. New York 1969, 1-31.
- Zion, Deborah: ‘Moral Taint’ or Ethical Responsibility? Unethical Information and the Problem of HIV Clinical Trials in Developing Countries. In: *Journal of Applied Philosophy* 15/3 (1998), 231-239.

Zu Kapitel I.3: Aspekte von Handlungen

Im Folgenden sind ein paar kurze Handlungsskizzen zusammengestellt, in denen nicht spezifiziert ist, welches der Elemente den Zweck, welches das Mittel und welches den

Nebeneffekt bildet. Spielen Sie unterschiedliche Zuordnungen durch: Beginnen Sie mit der vielleicht plausibelsten Variante und modifizieren Sie diese dann, indem Sie Zweck und Nebeneffekt miteinander vertauschen (Differenz von Zweck und Nebeneffekt) oder den Nebeneffekt an die Stelle des Mittels setzen und weitere Ereignisse die Position des Nebeneffekts einnehmen lassen (Lehre von der Doppelwirkung). Natürlich sollten Sie nur Versionen bilden, die glaubhaft und nachvollziehbar sind. Probieren Sie auch aus, ob sich noch weitere Kombinationen erstellen lassen, etwa indem ein bisheriger Zweck zum Mittel wird und andere Ereignisse an seinen Platz rücken. Prüfen Sie an den entstehenden Beispielen Ihre Intuition: Sind diese verschiedenen Handlungen moralisch unterschiedlich zu beurteilen oder nicht?

Beispiel: Zweck, Mittel und Nebeneffekt

1. Ein Terrorist bringt eine Bombe zur Explosion. Dabei kommen Menschen zu Schaden. Kurz darauf lässt der Staat einige Häftlinge frei.
2. Die Luftwaffe eines Staates greift die Hauptstadt eines anderen Landes an. Es werden militärische Anlagen vernichtet. Es gibt Opfer unter der Zivilbevölkerung.
3. Forscher A veröffentlicht Daten, welche die Publikationen eines konkurrierenden Forschers B als unhaltbar erweisen. Forscher A erhält eine uni-interne Auszeichnung. Forscher B wird wegen Fälschungsverdachts entlassen.
4. Eine Firma bringt ein Medikament auf den Markt. Das Medikament rettet viele Menschenleben. Die Firma erzielt erhebliche finanzielle Einkünfte.

Zu Kapitel I.4: Stufen der Verbindlichkeit

1. Im Folgenden finden Sie einige Kurzbeschreibungen, in denen es um moralisch bedeutsames Tun oder Unterlassen geht. Überlegen Sie, ob es sich hierbei um Vollzüge aus dem Bereich des Supererogatorischen, der Tugendpflichten oder der Rechtspflichten handelt. Untersuchen Sie also: Geht es überhaupt um Pflichten? Das heißt, würde man jemandem einen Vorwurf machen, wenn er so oder anders handelte? Sind dabei Rechte betroffen? Das heißt, würde man die fragliche Pflicht mit gesetzlichem Zwang durchsetzen wollen? Falls Sie meinen, dass Rechte involviert sind: Handelt es sich um Abwehrrechte oder um Anspruchsrechte? Und welchem Typ gehören sie genau zu?

Beispiel: Rechtspflichten, Tugendpflichten und Supererogatorisches

1. Nach 22 Uhr in einem Mehrfamilienhaus laute Musik hören.
2. Einen kranken Freund besuchen.
3. Für den Unterhalt der eigenen minderjährigen Kinder sorgen.
4. Dem Roten Kreuz spenden.
5. Polizeischutz bereitstellen.
6. Ein Plagiat begehen.
7. Sich bei jemandem für die Hilfe beim Umzug revanchieren.
8. Jemanden in eine Garage einsperren.
9. Jemanden ohne Dringlichkeit in der Warteschlange vorlassen.
10. Zugesicherte Leistungen aus der privaten Krankenversicherung gewähren.
11. Jemandem beim Umzug helfen.
12. Die eigenen minderjährigen Kinder misshandeln.
13. Zugesicherte Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung gewähren.
14. Fremde minderjährige Kinder misshandeln.
15. Klatsch über einen Bekannten verbreiten.
16. Im Brandfall die Feuerwehr rufen.

2. Die folgenden Beispiele schildern bestimmte Entscheidungen, Ereignisse, Vollzüge etc., in denen es zu einer Abwägung zwischen konkurrierenden Rechten gekommen ist. Kennzeichnen Sie diese Rechte möglichst präzise und vergleichen Sie die jeweilige Betroffenheitstiefe. Sind die erfolgten Abwägungen mit den obigen Regeln grundsätzlich verträglich? Und sind sie Ihrer Einschätzung nach in ihrem genauen Inhalt korrekt?

Beispiel: Abwägungsregeln

1. Ein Musikstudent darf 2 Stunden täglich Saxophon in einem Mehrfamilienhaus üben.
2. Steuermehreinnahmen werden für ein erhöhtes Kindergeld statt für ein erhöhtes Arbeitslosengeld eingesetzt.
3. Ein Mordverdächtiger wird in Untersuchungshaft genommen.
4. Die Mehrwertsteuer wird erhöht, um die Sozialhilfe aufzustocken.
5. Für Gaststätten wird ein Rauchverbot erlassen.
6. Forschung an Menschen bedarf der Zustimmung der lokalen Ethikkommission.
7. Ein Zivildienstleistender wird im Katastrophenschutz eingesetzt.
8. Bei einem Staatsbesuch wird ein Straßenzug aus Sicherheitsgründen abgesperrt.
9. Die Erbschaftssteuer wird erhöht, um die Sozialhilfe aufzustocken.
10. Forschung an Embryonen ist in Deutschland nicht gestattet.

11. Ein Fahrer muss sich einer Blutprobe unterziehen.
12. Öffentliche Forschungsgelder werden für die Entwicklung von AIDS-Medikamenten statt für die Entwicklung von Haarwuchsmitteln vergeben.
13. Ein Fahrer versäumt einen Liefertermin, um bei einem Autounfall Erste Hilfe zu leisten.
14. Eine Weiche wird so umgestellt, dass ein außer Kontrolle geratener Zug nicht die Person tötet, auf die er ursprünglich zurast, sondern eine andere Person.
15. Die Feuerwehr bricht zur Rettung Eingeschlossener eine Haustür auf.
16. Eine Weiche wird so umgestellt, dass ein außer Kontrolle geratener Zug nicht die zehn Personen tötet, auf die er ursprünglich zurast, sondern eine einzige andere Person.

Zu Kapitel II.1: Gute Wissenschaftliche Praxis

1. Erläutern Sie den Begriff 'Ethos' und beschreiben Sie das Ethos der Wissenschaften!
2. Welche Formen wissenschaftlichen Fehlverhaltens gibt es?
3. Welche ethischen Theorien sind geeignet, wissenschaftliches Fehlverhalten als solches auszuweisen?

Zur Diskussion:

4. Diskutieren Sie, ob die Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Durchsetzung der Mertonschen Prinzipien geeignet sind!
5. Eine Gruppe von Wissenschaftlern, die sich gegenseitig zitieren, nennt man ein Zitationskartell. Kommentieren Sie die Praxis von Zitationskartellen unter wissenschaftsethischen Gesichtspunkten!

Zu Kapitel II.2: Medizinische Forschung am Menschen

Zur Diskussion:

1. Oben ist kurz über einige Forschungsskandale berichtet worden. Versuchen Sie herauszuarbeiten, welche Prinzipien und Regeln der Ethik der Forschung am Menschen dabei im Einzelnen verletzt worden sind.

2. Lesen Sie das folgende Zitat, das von dem US-amerikanischen Bioethiker Jay Katz stammt, der sich viele Jahre mit den Problemen medizinischer Humanexperimente beschäftigt hat. Hat Katz mit seiner unterschwelligen Kritik Recht oder ist die Einschätzung des Arztes richtig? Wie könnte man die Frage weiter aufklären?

„[...] at a national meeting I listened to an interesting paper on treatment of leukemia in young children. The investigator reported that he had performed more than half a dozen bone marrow biopsies during a two-week interval in order to monitor the efficacy of the anti-leukemic drugs employed. During the discussion period I expressed surprise that he had been able to receive IRB committee approval for a project that exposed infants to considerable discomfort. He responded that committee review had been unnecessary because his was not a research project, but a therapeutic intervention. I pressed him for an explanation and he told me that he had employed these procedures only in order to be more helpful to his infant-patients in the therapeutic management of their disease“ (Katz 1987, 5).

3. Im Abschnitt 2.3.1 zur informierten Einwilligung ist eine Liste des CIOMS wiedergegeben, die Informationen enthält, die im Rahmen einer Probandenaufklärung mitgeteilt werden sollen. Diskutieren Sie, welche dieser Punkte Sie für besonders wichtig halten. Gibt es weitere Informationen, die kommuniziert werden sollten, oder solche, deren Weitergabe Sie unnötig finden?

4. Im Abschnitt 2.3.2 ist die Schaden-Nutzen-Abwägung als wichtige Regel der Ethik der Forschung am Menschen eingeführt worden. In diesem Zusammenhang ist darauf hingewiesen worden, dass die adäquate Vermittlung von Risiken und Belastungen an medizinische Laien ein schwieriges Problem darstellt. Ein Ansatz besteht darin, verständliche Beispielkategorien zu finden. Im Zusammenhang mit der Bestimmung des Begriffs ‘minimales Risiko’ gibt die Zentrale Ethikkommission bei der Bundesärztekammer (ZEKO) etwa folgende Beispiele an:

„Der Begriff des ‘minimalen Risikos’ ist nur schwierig zu bestimmen, kann aber durch die Unterscheidung von Risikostufen und durch eine Liste von Beispielen konkretisiert werden. Dazu können auch die medizinischen Fachverbände und die Ethikkommissionen beitragen. In jedem Fall ist zwischen objektivierbarem Risiko und subjektiver Belastung bzw. Beschwerden zu unterscheiden (z.B. birgt eine Magnetresonanztomographie keine objektivierbaren Risiken, kann aber sehr wohl zu einer subjektiven Belastung werden, die zum Abbruch der

Untersuchung führt). Insbesondere hinsichtlich subjektiver Beschwerden gibt es eine große individuelle Variation und große Unterschiede zwischen den Gruppen. Von einem 'minimalen' Risiko kann nach Auffassung der Kommission gesprochen werden, wenn z.B.

Körperflüssigkeit oder Gewebe in geringen Mengen im Rahmen von ohnehin notwendigen diagnostischen Maßnahmen oder Operationen gewonnen wird und deshalb kein zusätzliches Risiko für den Patienten beinhaltet. Auch bestimmte körperliche Untersuchungen (z.B. Sonographie, transkutane Gewebemessungen etc.) sowie bestimmte psychologische Untersuchungen (z.B. Fragebogen-Interviews, Tests, Verhaltensbeobachtungen) fallen in diese Gruppe“ (ZEKO 1997).

Halten Sie die Orientierung an Beispielen zur Klassifizierung von Risiken für zweckmäßig?
Sehen Sie Probleme?

5. Ein weiteres Problem innerhalb der Ethik der Forschung stellt die Frage dar, ob bzw. unter welchen Bedingungen medizinische Forschung in Entwicklungsländern ethisch vertretbar ist. Im Abschnitt 2.3.3 ist das Subsidiaritätsprinzip als Regel eingeführt worden, die für eine gerechte Probandenauswahl wichtig ist. Versuchen Sie dieses Prinzip auf die Frage der Vertretbarkeit von medizinischer Forschung in Entwicklungsländern anzuwenden. Zu welchem Ergebnis kommen Sie? Sind Ihrer Meinung nach weitere ethische Regeln (als Konkretisierungen des Gerechtigkeitsprinzips) erforderlich? Falls ja, wie könnten diese aussehen?

6. Es ist empirisch erwiesen, dass sog. 'Negativresultate' weit weniger veröffentlicht werden als 'Positivresultate' (s. Abschnitt 2.3.4). Sehen Sie darin ein ethisches Problem? Falls ja, wie könnte man dieses beheben?

7. Ordnen Sie die einzelnen Bestimmungen der ebenfalls auf dieser Webseite eingestellten Dokumente den drei Prinzipien (Selbstbestimmungsprinzip, Nichtschadenprinzip, Gerechtigkeitsprinzip) zu. Gibt es unklare Fälle? Wo sehen Sie zwischen den einzelnen Dokumenten signifikante Abweichungen?

Verwendete Literatur:

Katz, Jay: The Regulation of Human Experimentation in the United States – A Personal Odyssey. In: *IRB: A Review of Human Subjects Research* 9/1 (1987), 1-6.

Zentrale Ethikkommission zur Wahrung ethischer Grundsätze in der Medizin und ihren Grenzgebieten bei der Bundesärztekammer (ZEKO): Zum Schutz nicht-einwilligungsfähiger Personen in der medizinischen Forschung. In: *Deutsches Ärzteblatt* 94/15 (1997), A1011-A1012. In: <http://www.aerzteblatt.de/v4/archiv/pdf.asp?id=5844>. (21.5.2010)

Zu Kapitel III.1: Umgang mit humanbiologischem Material

Die Ausführungen haben deutlich gemacht, dass die Rechtmäßigkeit der Entnahme von und des weiteren Umgangs mit humanbiologischem Material ganz wesentlich von einer umfassenden, verschiedenste Aspekte abdeckenden Einwilligung des Materialspenders abhängt. Voraussetzung für eine unter rechtlichen Gesichtspunkten tragfähige Einwilligung ist wiederum die hinreichende Aufklärung. Versuchen Sie, die notwendigen Kernelemente einer Aufklärung zur Materialentnahme und -verwendung zu identifizieren und auszuformulieren.

Zu Kapitel III.2: Patente

1. In Abschnitt 2.1.2 wurden die beiden Hauptbegründungen des Patentwesens erläutert: Eigentumslogik und Anreizlogik. Bringen Sie diese beiden Logiken mit den Differenzierungen aus Theoriekapitel 2 in Zusammenhang: Welchem Typ moralischer Urteile bzw. ethischer Theorien gehören Eigentumslogik bzw. Anreizlogik an, dem tugendethischen, dem deontologischen oder dem teleologischen?

2. In Abschnitt 2.3.2 wurden drei relevante Interessengruppen im Bereich der Patentierung lebenswichtiger Medikamente identifiziert: forschende Unternehmen, gegenwärtig Kranke und künftig Kranke. Klären Sie die einschlägigen Rechte, die bei diesen Interessengruppen vorliegen: Um welche Rechtstypen handelt es sich, um Abwehrrechte oder um Anspruchsrechte (s. Kap. I.4.1.4)? Und mit welcher der beiden Logiken des Patentwesens stehen sie in Zusammenhang, mit der Eigentumslogik oder mit der Anreizlogik (s. Abschnitt 2.1.2)?

Entwickeln Sie eine Vorstellung, wie eine angemessene Abwägung dieser unterschiedlichen Rechte ausfallen könnte: Präzisieren Sie zunächst die Betroffenheitstiefe der verschiedenen Beteiligten. Ergibt sich hieraus bereits die Abwägung in eindeutiger Form? Betrachten Sie auch die jeweiligen Rechtsinhaber genauer. Spielt es Ihrer Ansicht nach eine Rolle, dass man

es im einen Fall mit einem kollektiven Gebilde wie einem Unternehmen zu tun hat, das von Einbußen oder gar vom Niedergang bedroht sein könnte, während es im anderen Fall um individuelle Personen geht? Oder macht dies für Sie keinen Unterschied, weil auch das Kollektiv letztlich aus Individuen besteht, die in dem Unternehmen arbeiten und deren Einkünfte bzw. Arbeitsplätze bedroht sein mögen? Hat es auf der anderen Seite einen Einfluss auf Ihr Urteil, dass die künftig Kranken, die von einer fortgesetzten Innovationsfreudigkeit profitieren könnten, vielleicht noch gar nicht geboren sind? Oder schätzen Sie die Rechte von derzeit nicht existierenden Personen grundsätzlich als gleich gewichtig ein wie die Rechte von lebenden Personen, wie den gegenwärtig Kranken?

3. Bisher war von den einschlägigen Rechten die Rede, die im Zusammenhang mit Patenten auf lebenswichtige Medikamente zu beachten sind. Betrachten Sie nun die korrespondierenden Pflichten: Welche Pflichten würden Sie den Pharmafirmen selbst, den Regierungen von armen Ländern, in denen eine starke Krankheitslast herrscht, sowie den Regierungen von reichen Ländern, in denen wichtige Forschungsleistungen erbracht werden, zuschreiben?

Spezifizieren Sie, welche moralische Verantwortung diese drei Gruppen Ihrer Einschätzung nach tragen: Für wen und für was ist ein Pharmaunternehmen verantwortlich? Was sind demgegenüber die Pflichten der Regierung eines betroffenen Landes? Was sind die Pflichten der Regierung einer forschenden Nation? Versuchen Sie, etwaige Abweichungen zu begründen: Macht es Ihrer Auffassung nach einen Unterschied, dass ein Pharmaunternehmen sich über seine marktwirtschaftliche Funktion definiert, eine Regierung hingegen über eine politische Aufgabenstellung? Bedeutet für Sie die größere Macht einer reichen Regierung, dass sie mehr Verantwortung als eine arme Regierung trägt? Halten Sie überhaupt eine konsistente Gesamtlösung für möglich, oder ist Ihr Eindruck eher, dass die jeweiligen moralischen Pflichten der drei Gruppen in einem unauflösbaren Konflikt miteinander stehen?

Zu Kapitel III.4: Hirnforschung

Es ist offensichtlich, dass in den zu Beginn des Kapitels dargestellten Experimenten an Harold Blauer und Frank Olson (s. Abschnitt 4.2) zahlreiche ethische Prinzipien verletzt wurden. Prüfen Sie zunächst, ob die im Kapitel zur Forschung am Menschen aufgestellten

Prinzipien hier anwendbar sind. Legen Sie anschließend die begangenen Prinzipienverletzungen im Detail dar.

Lösungen der Übungsaufgaben

Kapitel I.2

Zion: Der in dem Zitat angesprochene Gedanke der Komplizenschaft wäre wahrscheinlich tugendethischer oder deontologischer Natur. Die von Zion selbst favorisierte Überlegung, dass die Verwendung von „tainted information“ nur dann bedenklich sei, wenn sie künftige unmoralische Versuche befördere, ist hingegen teleologischer Art. Zwar mag man unsicher sein, ob die Einstufung jener *künftigen* Versuche als ‘unmoralisch’ nicht ihrerseits auf tugendethischen oder deontologischen Maßstäben beruhen könnte. Aber die Einstufung der *jetzigen* Informationsnutzung erfolgt eindeutig mit Blick auf ihre Handlungskonsequenzen.

De Castro: De Castros Vergleich der Nutzung von „tainted information“ mit der Nutzung gestohlener Güter ist deontologischer Natur. Handlungskonsequenzen bleiben hierbei außen vor, und auch die Handlungsmotivation spielt keine wesentliche Rolle bei der schlichten Einstufung solcher Nutzung als Diebstahl. Beachten Sie, dass die Rede von einem *rechtmäßigen* Besitzer, vor deren Hintergrund der Diebstahlvorwurf allein greift, ebenfalls deontologischer Art ist. Denn *rechtmäßiger* Besitz bemisst sich seinerseits nicht an Fragen der Motivation oder der Konsequenzen, sondern an der reinen Art des Zustandekommens.

Jonas: Ganz sicher werden in dieser Argumentation alle teleologischen Maßstäbe zurückgewiesen. Nicht nur geht es Jonas ausdrücklich nicht um den Gesamtnutzen in der Gesellschaft, auch sonstige Folgen seines Prinzips der Probandenauswahl sind für ihn offenbar unerheblich. Dabei ist der Rückgriff auf die motiviertesten, einsichtigsten und willigsten Gesellschaftsmitglieder zwar stark an *deren* Motivationslage orientiert. Die Vorschrift als solche erscheint aber, in ihrem klaren Regelcharakter, eher deontologisch geprägt zu sein, indem sie ein bestimmtes Auswahlprinzip vorschreibt, ohne dass die Motivation von *dessen* Befolgung wichtig wäre.

Edsall: Edsalls Auffassung ist eindeutig teleologischer Natur. Sowohl der „Nutzen für die Gemeinschaft insgesamt“ als auch die „Bereicherung für das Individuum“ sind für ihn begrüßenswerte Handlungsfolgen, durch die sich Forschung am Menschen rechtfertigen lässt. Diese teleologische Perspektive bestimmt nicht nur die genannten *positiven* Aspekte

der Forschung, angesichts derer sie sogar als „soziale Notwendigkeit“ dargestellt wird. Auch ihre *negativen* Seiten, die im „Falle des Missbrauchs“ drohen, dürften mit dieser Formulierung primär teleologisch verstanden werden.

Kapitel I.3

Im Folgenden sind die wichtigsten Versionen aufgelistet, die durch unterschiedliche Zuordnungen von Zweck, Mittel und Nebeneffekt aus den Beispielen entstehen. Mit Blick auf die Frage, ob die verschiedenen Versionen einer unterschiedlichen moralischen Beurteilung unterliegen, wird hier bewusst nicht vorgegriffen.

1. Terrorismus

Version 1 (der 'idealistische' Terrorist): Zweck = Freilassung von Häftlingen.

Mittel = Bombenanschlag. Nebeneffekt = Schaden bei anderen Menschen.

Version 2 (der 'perverse' Terrorist): Zweck = Schaden bei anderen Menschen.

Mittel = Bombenanschlag. Nebeneffekt = Freilassung von Häftlingen.

Version 3 (der 'zynische' Terrorist): Zweck = Freilassung von Häftlingen.

Mittel = Schaden bei anderen Menschen. Nebeneffekt = z.B. Verschärfung von Polizeikräften, Schwächung der Regierung etc.

Version 4 (der 'planende' Terrorist): Zweck = Langfristige Stärkung der eigenen

Terrororganisation. Mittel = Freilassung von Häftlingen. Nebeneffekt = Schaden bei anderen Menschen, Verschärfung von Polizeikräften etc.

Version 5 (der 'politische' Terrorist): Zweck = Schwächung der Regierung.

Mittel = Freilassung von Häftlingen. Nebeneffekt = Schaden bei anderen Menschen, Verschärfung von Polizeikräften etc.

2. Luftangriff

Version 1 ('Kollateralschaden'): Zweck = Vernichtung militärischer Anlagen.

Mittel = Luftangriff. Nebeneffekt = Opfer unter Zivilbevölkerung.

Version 2 ('Zerstörung'): Zweck = Opfer unter Zivilbevölkerung. Mittel = Luftangriff.

Nebeneffekt = Vernichtung militärischer Anlagen.

Version 3 ('Opferung'): Zweck = Vernichtung militärischer Anlagen.

Mittel = Opfer unter Zivilbevölkerung. Nebeneffekt = Infrastrukturelle Schäden, politische Radikalisierung etc.

3. Datenveröffentlichung

Version 1: Zweck = Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt. Mittel = Veröffentlichung eigener Daten. Nebeneffekt = Eigene Auszeichnung, Entlassung des anderen.

Version 2: Zweck = Eigene Auszeichnung. Mittel = Veröffentlichung eigener Daten. Nebeneffekt = Entlassung des anderen.

Version 3: Zweck = Entlassung des anderen. Mittel = Veröffentlichung eigener Daten. Nebeneffekt = Eigene Auszeichnung.

Version 4: Zweck = Eigene Auszeichnung. Mittel = Entlassung des anderen. Nebeneffekt = Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt.

Version 5: Zweck = Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt. Mittel = Entlassung des anderen. Nebeneffekt = Eigene Auszeichnung.

4. Medikamentenverkauf

Version 1: Zweck = Rettung von Menschenleben. Mittel = Verkauf des Medikaments. Nebeneffekt = Finanzielle Einkünfte.

Version 2: Zweck = Finanzielle Einkünfte. Mittel = Verkauf des Medikaments. Nebeneffekt = Rettung von Menschenleben.

Version 3: Zweck = Finanzielle Einkünfte. Mittel = Rettung von Menschenleben. Nebeneffekt = Kostenerhöhung im Gesundheitswesen, Entstehung von Nachfolgeprodukten etc.

Kapitel I.4

1. Rechtspflichten, Tugendpflichten und Supererogatorisches

1. Verstoß gegen eine Rechtspflicht: Abwehrrecht missachtet (Freiheit von Lärmbelästigung).
2. Tugendpflicht.
3. Rechtspflicht: Anspruchsrecht beachtet (aufgrund dauerhafter Sozialbeziehung, nämlich Familienbindung).

4. Supererogatorisches, möglicherweise auch Tugendpflicht (je nach Dringlichkeit und eigener Finanzkraft).
5. Rechtspflicht der staatlichen Gemeinschaft: Anspruchsrecht auf Aufsichtsleistung beachtet.
6. Verstoß gegen eine Rechtspflicht: Abwehrrecht missachtet (Freiheit von Verletzung geistigen Eigentums).
7. Tugendpflicht.
8. Verstoß gegen eine Rechtspflicht: Abwehrrecht missachtet (Freiheit zu ungehinderter Bewegung).
9. Supererogatorisches.
10. Rechtspflicht eines privaten Unternehmens: Anspruchsrecht auf Zahlungsleistung beachtet (aufgrund dauerhafter Sozialbeziehung, nämlich Vertragspartnerschaft).
11. Supererogatorisches oder Tugendpflicht (je nach Dringlichkeit und eigener Abkömmlichkeit).
12. Verstoß gegen eine Rechtspflicht: Abwehrrecht missachtet (Freiheit von körperlicher und seelischer Beeinträchtigung).
13. Rechtspflicht der staatlichen Gemeinschaft: Anspruchsrecht auf Versorgungsleistung beachtet.
14. Verstoß gegen eine Rechtspflicht: Abwehrrecht missachtet (Freiheit von körperlicher und seelischer Beeinträchtigung).
15. Tugendpflicht missachtet.
16. Rechtspflicht: Anspruchsrecht beachtet (aufgrund punktueller Sozialbeziehung, nämlich Notsituation).

2. Abwägungsfälle

1. Ein Abwehrrecht (Freiheit zu eigener Betätigung) wird einem anderen Abwehrrecht (Freiheit von fremder Lärmbelästigung) vorgeordnet. Angesichts der unterschiedlichen Betroffenheitstiefe (berufsvorbereitendes Üben vs. mäßige Beeinträchtigung) grundsätzlich legitim, genauer quantitativer Umfang (2 Stunden täglich) schwer abschließend zu beurteilen.
2. Zwei Anspruchsrechte auf Versorgungsleistungen (Kindergeld bzw. Arbeitslosengeld) werden gegeneinander abgewogen. Je nach Dringlichkeit vertretbar.

3. Ein Abwehrrecht (Freiheit zu ungehinderter Bewegung) wird einem Anspruchsrecht (auf Aufsichtsleistungen seitens des Staates) nachgeordnet, dem seinerseits ein Abwehrrecht (Freiheit von physischer Bedrohung durch gefährliche Individuen) zugrunde liegt. Bei entsprechendem Verdacht gerechtfertigt.
4. Ein Abwehrrecht (Freiheit von Eingriffen in das Eigentum) wird einem Anspruchsrecht (auf Versorgungsleistungen seitens des Staates) nachgeordnet. Je nach Dringlichkeit vertretbar.
5. Ein Abwehrrecht (Freiheit zu eigener Genussverfolgung) wird einem anderen Abwehrrecht (Freiheit von Geruchsbelästigung und/oder Gesundheitsbeeinträchtigung) nachgeordnet. Angesichts jeweiliger Betroffenheitstiefe korrekt.
6. Ein Abwehrrecht (Freiheit des Forschers zu wissenschaftlicher Betätigung) wird einem anderen Abwehrrecht (Freiheit der Probanden von psychophysischer Beeinträchtigung) in Form eines Prüfvorbehalts nachgeordnet. Angesichts jeweiliger Betroffenheitstiefe korrekt.
7. Ein Abwehrrecht (Freiheit zu selbstgewählter Betätigung) wird einem Anspruchsrecht (auf Versorgungsleistungen seitens des Staates) nachgeordnet. Bei hinreichender Schwere des Katastrophenfalls richtig.
8. Ein Abwehrrecht (Freiheit zu ungehinderter Bewegung) wird einem Anspruchsrecht (auf Aufsichtsleistungen seitens des Staates) nachgeordnet, dem seinerseits ein Abwehrrecht (Freiheit von physischer Bedrohung durch gefährliche Individuen) zugrunde liegt. Bei entsprechender Gefahrenlage gerechtfertigt.
9. Der gleiche Fall wie in 4, ein Abwehrrecht (Freiheit von Eingriffen in das Eigentum) wird einem Anspruchsrecht (auf Versorgungsleistungen seitens des Staates) nachgeordnet. Je nach Dringlichkeit vertretbar.
10. Ein Abwehrrecht (Freiheit des Embryos von Eingriffen in die körperliche Unversehrtheit) wird einem anderen Abwehrrecht (Freiheit des Forschers zu wissenschaftlicher Betätigung) vorgeordnet. Bei vorausgesetztem Rechtsstatus des Embryos angesichts der unterschiedlichen Betroffenheitstiefe korrekt.
11. Ein Abwehrrecht (Freiheit von Eingriffen in die körperliche Integrität) wird einem Anspruchsrecht (auf Aufsichtsleistungen seitens des Staates) nachgeordnet, dem seinerseits ein Abwehrrecht (Freiheit von Gefährdung des Eigentums und der Gesundheit durch alkoholisierte Fahrer) zugrunde liegt. Bei entsprechendem Verdacht gerechtfertigt.

12. Ein Anspruchsrecht (auf Versorgungsleistungen seitens des Staates) von HIV-Infizierten wird beachtet. Auf der anderen Seite (den Betroffenen von Haarausfall) ist wahrscheinlich überhaupt kein Anspruchsrecht gegeben, oder zumindest keines mit vergleichbarer Betroffenheitstiefe, daher ist die Abwägung korrekt.
13. Ein Anspruchsrecht (aufgrund einer dauerhaften Sozialbeziehung, nämlich einer Vertragspartnerschaft) wird einem anderen Anspruchsrecht (aufgrund einer punktuellen Sozialbeziehung, nämlich einer Notsituation) nachgeordnet. Angesichts der jeweiligen Betroffenheitstiefe korrekt.
14. Ein Anspruchsrecht (auf Hilfeleistung in einer Notsituation) wird einem Abwehrrecht (Freiheit von Eingriffen in die körperliche Integrität) vorgeordnet. Angesichts der jeweils gleichen Betroffenheitstiefe illegitim!
15. Ein Abwehrrecht (Freiheit von Eingriffen in das Eigentum) wird einem Anspruchsrecht (auf Versorgungsleistungen seitens des Staates) nachgeordnet. Angesichts der unterschiedlichen Betroffenheitstiefe korrekt.
16. Der gleiche Fall wie in 14, nur dass die Anspruchsrechte von zehn Personen dem Abwehrrecht einer einzigen Person gegenüberstehen. Da die Betroffenenanzahl jedoch für die Abwägung unerheblich ist, bleibt dieses Vorgehen illegitim!

Kapitel II.1

1. Unter 'Ethos' versteht man ein beschreibbares Muster von Einstellungen, Überzeugungen, Rollenerwartungen und Regeln, das von einem Einzelnen oder einer sozialen Gruppe als Orientierungsinstanz guten und richtigen Handelns betrachtet wird.
2. Falschangabe durch Erfinden, Verfälschen von Daten oder durch falsche Angaben zu eigenen Publikationen; Verletzung geistigen Eigentums durch Plagiat, Ehrenautorschaft oder unbefugte Veröffentlichung; Sabotage der Forschungen anderer.
3. Im Rahmen einer Tugendethik können Wahrhaftigkeit und Integrität als Anforderungen an handelnde Personen dargelegt werden, die durch entsprechende Erziehungsmaßnahmen internalisiert werden können. Die Ethiken der Kommunikation und des Diskurses behandeln das wissenschaftliche Argumentieren und Publizieren als spezielle Form der Kommunikation, an die normativ die generellen Erfordernisse der Kommunikation und die speziellen Forderungen der Begründung und Belegbarkeit von Aussagen und der besonderen Vorsicht bei Behauptungen gerichtet werden können.

Kapitel II.2

(keine Lösungsvorschläge)

Kapitel III.1

Um einen umfassenden Umgang mit humanbiologischem Material zu gewährleisten, bedarf es verschiedener Einwilligungen des Materialsenders: Erstens hinsichtlich der Entnahme, zweitens mit Blick auf die Beachtung datenschutzrechtlicher Standards, und drittens bezogen auf die weitere Verwendung des entnommenen Materials. Dementsprechend muss sich auch die Aufklärung des Spenders auf diese Elemente beziehen. Der Nationale Ethikrat hat folgenden Regelgehalt einer tragfähigen Aufklärung identifiziert:

- Freiwilligkeit der Teilnahme;
- Zwecke, Art, Umfang, Dauer der vorgesehenen Nutzung einschließlich der Möglichkeit, genetische Analysen durchzuführen;
- Umfang und Bedingungen einer möglichen Weitergabe von Proben und Daten;
- die Möglichkeit bzw. der Ausschluss einer Rückmeldung von Forschungsergebnissen an den Spender;
- Hinweise auf mögliche Konsequenzen der Mitteilung von Befunden genetischer Analysen für den Spender und verwandte Angehörige einschließlich möglicher Offenbarungspflichten (z.B. gegenüber Versicherungen);
- Art der Speicherung und Zusammenführung der Daten;
- Anonymisierung oder Pseudonymisierung von Proben und Daten;
- sonstige flankierende Maßnahmen des Spenderschutzes;
- etwaige staatliche Zugriffsmöglichkeiten auf Proben und Daten;
- das Recht, die Einwilligung zu widerrufen;
- das Schicksal von Proben und Daten beim Widerruf und bei Beendigung des Vorhabens;
- etwaige kommerzielle Perspektiven der vorgesehenen Forschung (einschließlich der Möglichkeit, Patente auf die Resultate zu beantragen);
- Fragen der Aufwandsentschädigung, Bezahlung oder Gewinnbeteiligung.

Kapitel III.2

1. Ethische Typologie von Eigentumslogik und Anreizlogik

Die *Eigentumslogik* von Patenten ist deontologisch: Weder Motivationen noch Konsequenzen spielen hierbei eine Rolle. Patente werden auf ein Grundrecht des Erfinders gegründet, das durch bestimmte Handlungen verletzt würde, egal aus welchen Beweggründen heraus sie geschähen und egal mit welchen Folgeeffekten sie verbunden wären. Die unbefugte Nutzung von Erfindungen käme einem Diebstahl gleich, und dieser soll ausgeschlossen werden. So wie die gesamte Logik von rechtmäßigem Eigentum und illegitimem Diebstahl deontologisch ist, so ist es auch speziell die Logik des geistigen Eigentums.

Die *Anreizlogik* von Patenten ist teleologisch: Hier geht es allein um die erwünschten Konsequenzen dieser Einrichtung. Motivationen sind zwar insofern relevant, als Patente dazu ermuntern sollen, Erfindungen zu machen und zu veröffentlichen, aber damit sind diese Motivationen nicht ihrerseits Gegenstände der moralischen Beurteilung, sondern allein Instrumente zum angestrebten Effekt. Ebenso werden Handlungen zwar thematisch, insofern Patenterteilungen vollzogen werden sollen, um hierdurch wiederum erfinderische Tätigkeiten zu stimulieren, aber damit sind auch diese Handlungen nicht Objekte der Bewertung, sondern lediglich Wege zum Ziel. Es geht einzig darum, die gewünschten Innovationen innerhalb einer Gesellschaft sicherzustellen, und dieser Vorsatz ist teleologisch.

2. Involvierte Rechte im Problemfeld der Patentierung lebenswichtiger Medikamente

Forschende Unternehmen können vor allem Abwehrrechte geltend machen, nämlich auf Nichtbeeinträchtigung ihrer Freiheit von fremden Eingriffen. Diese können bei einer kommerziellen Nutzung ihrer Erfindungen durch andere Personen beeinträchtigt werden, insofern hierbei ihr geistiges Eigentum verletzt würde. Damit gründen diese Abwehrrechte offenbar in der Eigentumslogik. Hieraus leiten sich dann nachfolgend weitere Anspruchsrechte gegen die Gemeinschaft ab, diese Abwehrrechte durch entsprechende Aufsichtsleistungen zu schützen, insbesondere durch ein geeignetes Patentsystem.

Gegenwärtig Kranke haben vor allem Anspruchsrechte auf Versorgungsleistungen durch die Gemeinschaft. Diese umfassen die Bereitstellung geeigneter medizinischer Güter, wie Arzneimittel, Geräte, Bettenplätze oder Pflegezeit. Diese Anspruchsrechte haben an sich selbst weder mit der Eigentumslogik noch mit der Anreizlogik zu tun. Sie können ihnen aber

entgegenlaufen, falls sie nur durch eine Einschränkung oder Aufhebung des Patentschutzes zu befriedigen sind.

Künftig Kranke haben ebenfalls Anspruchsrechte auf Versorgungsleistungen durch die Gemeinschaft. Diese umfassen die Sicherstellung einer adäquaten medizinischen Ausstattung in der Zukunft, was der gegenwärtigen Gemeinschaft insbesondere eine zukunftstaugliche Planung des Gesundheitssystems als Ganzem sowie ein hinreichendes Engagement in Forschung und Entwicklung abverlangt. Diese Anspruchsrechte liegen wesentlich der Anreizlogik zugrunde. Ihr zufolge sollen Patente gerade einen Ansporn für die Pharmaindustrie zur Forschung an künftig benötigten Medikamenten schaffen. Die Frage nach der *Betroffenheitstiefe* führt zu keinen unmittelbaren Abwägungsergebnissen: (a) Für die beiden Gruppen von Kranken ist, im vorausgesetzten Fall lebenswichtiger Medikamente, die Betroffenheitstiefe gleich, weil bei beiden die Frage nach Tod oder Überleben berührt ist. Damit ergibt sich keine unmittelbare Entscheidung, wenn es zu einer Abwägung zwischen ihren Anspruchsrechten kommen sollte (etwa indem der Patentschutz die Rechte der künftig Kranken befriedigen könnte, seine Einschränkung hingegen den Rechten der gegenwärtig Kranken zugutekäme). (b) Die Betroffenheitstiefe für die forschenden Unternehmen besteht in einer mehr oder weniger starken wirtschaftlichen Einbuße, im Extremfall im Verlust der Existenzgrundlage. Da hiermit unmittelbar keine Entscheidung von Leben oder Tod verbunden ist (jedenfalls nicht im biologischen, sondern höchstens im ökonomischen Sinne), ist diese Betroffenheitstiefe geringer als bei den beiden Gruppen von Kranken. Indem aber bei den Unternehmen Abwehrrechte zur Debatte stehen, ergibt sich hierdurch wiederum keine eindeutige Abwägungskonstellation (etwa zwischen dem Abwehrrecht der Unternehmen und den Anspruchsrechten der gegenwärtig Kranken). Diese entstünde nur, wenn auf der Seite des Abwehrrechts eine gleich große oder größere Betroffenheitstiefe vorläge.

Die Frage nach dem Status der jeweiligen *Rechtsinhaber* stellt sich wie folgt dar: (a) In der Ethik wird zwar zumeist davon ausgegangen, dass kollektive Entitäten als solche keine vergleichbaren Rechte haben wie individuelle Personen. Da es aber stets möglich ist, die Interessen eines Kollektivs auf die Interessen der Individuen herunterzuberechnen, aus denen es zusammengesetzt ist, steht nichts im Wege, die Abwehrrechte von kollektiven Entitäten genauer als Abwehrrechte ihrer Mitglieder zu rekonstruieren und in dieser Form in die Abwägung einzubringen. Mit einer solchen Präzisierung können die obigen Überlegungen zu den Rechten der forschenden Unternehmen bestehen bleiben. Es wird lediglich noch einmal besonders deutlich, dass die Betroffenheitstiefe auf Seiten der Unternehmen geringer ist als

auf Seiten der Kranken. Denn obwohl die Unternehmen als Ganze möglicherweise in ihrer 'Existenz' bedroht sind, es also in diesem Sinne um ihr 'Überleben' geht, besteht auf der Ebene der Mitarbeiter keine unmittelbare Lebensgefahr, sondern allenfalls die Gefahr einer Einbuße an Einkommen oder eines Verlustes des Arbeitsplatzes. (b) Je nach der genauen Begründung von Rechten kann es zwar mitunter einen Unterschied machen, ob der jeweilige Rechtsinhaber bereits existiert oder nicht. Dies dürfte aber vor allem Anspruchsrechte aufgrund von speziellen Sozialbeziehungen betreffen, nicht hingegen Anspruchsrechte auf Versorgungs- oder Aufsichtsleistungen seitens der staatlichen Gemeinschaft. Entsprechend werden derartige Rechte künftiger Personen in der Ethik kaum angezweifelt. Natürlich mögen größere Unwägbarkeiten bestehen, inwiefern die Rechte künftig Kranker überhaupt betroffen sein werden bzw. wie man sie am besten schützen kann. Dem Grundsatz nach sind sie aber nicht weniger gewichtig als die Rechte gegenwärtig Kranker.

3. Wesentliche Pflichten im Problemfeld der Patentierung lebenswichtiger

Medikamente

Unkontroverse Antworten auf diese Fragen gibt es nicht. Die Reichweite der Institutionenverantwortung ist höchst umstritten, vor allem in wirtschaftlichen Zusammenhängen. Daher bildet diese Frage vornehmlich eine Anregung, auf Grundlage der vorgestellten Konzepte die eigenen Intuitionen zu klären und zu vertiefen. Inhaltlich soll im Folgenden nicht stark vorgegriffen, sondern nur ein Abriss der wesentlichen Alternativen gegeben werden.

Pharmaunternehmen sind zumindest für die Gewährleistung der eigenen Fortexistenz bzw. für das Wohl der eigenen Mitarbeiter verantwortlich. Zudem haben sie negative Pflichten, Leben und Eigentum anderer Menschen nicht zu beeinträchtigen. Strittig ist, ob man ihnen darüber hinaus auch positive Pflichten für weitere Personengruppen zusprechen kann. Manche bejahen dies, indem sie wirtschaftlichen Unternehmen eine soziale Funktion attestieren, die über ihre rein ökonomische Tätigkeit hinausreicht. Andere verneinen es und sehen in weitergehenden Engagements eine ausschließliche Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft. Die Plausibilität beider Alternativen hängt nicht zuletzt davon ab, ob und inwieweit ein Pharmaunternehmen für seine Forschungsarbeit staatliche Zuschüsse oder Vergünstigungen erhalten hat. Im Falle solcher Unterstützungen wird eine gewisse Verpflichtung zur Bekämpfung der allgemeinen Krankheitslast durchaus glaubhaft, wobei aber die Frage offen bleibt, ob hierbei vorrangig die gegenwärtig Kranken oder die künftig Kranken umfasst sind.

Regierungen betroffener Länder haben für das Wohl der eigenen Bevölkerung Sorge zu tragen. Dies ergibt sich unmittelbar aus dem Auftrag, den solch eine Regierung über das politische System erhält. Strittig ist aber, ob dieser Auftrag sich vornehmlich auf die gegenwärtig Lebenden bezieht oder ob er in gleichem Umfang auch die künftig Lebenden einschließt. Im Konkurrenzfall zwischen beiden Belangen wäre die Frage, ob eine Regierung für künftige Generationen einen vergleichbaren Vertretungsauftrag wahrzunehmen hat wie für die jetzt Lebenden.

Regierungen forschender Länder sind für das ökonomische und gesundheitliche Wohlergehen der eigenen Bevölkerung verantwortlich. Dies schließt ein, die legitimen Interessen der eigenen Wirtschaftsunternehmen zu schützen. Strittig ist demgegenüber, in welchem Umfang sie auch das Wohl fremder Bevölkerungen im Auge haben sollten. Die Antwort hierauf mag nicht zuletzt von den historischen Beziehungen abhängen, die zu anderen Nationen bestehen.

Kapitel III.4

Im Fall Harold Blauers muss zunächst geklärt werden, ob es sich tatsächlich um ein Humanexperiment handelte oder eher um eine Heilbehandlung bzw. einen Heilversuch. Da es sich bei der Verabreichung von Meskalin in jedem Fall nicht um ein etabliertes Verfahren handelte, scheidet eine Klassifikation als Heilbehandlung aus. Doch es gibt ebenso schlüssige Gründe, Harold Blauers Behandlung nicht als Heilversuch zu verstehen, also als die Anwendung eines noch unzureichend erprobten Verfahrens, dessen primäres Ziel in der medizinischen Behandlung des Patienten/Probanden besteht. Zum einen spricht die starke Variation der verabreichten Dosen sowie der Wirkstoffe gegen eine therapeutische Intention. Des Weiteren gab es keine hinreichenden Anhaltspunkte für einen medizinischen Nutzen von Meskalin bei Depressionspatienten. Schließlich bot der Gesundheitszustand Blauers (der sich zudem seit seiner Einweisung ins PI bereits verbessert hatte) keinen Anlass für ein Verfahren mit derart unabsehbaren Risiken. Es sollte demnach als gesichert gelten, dass Harold Blauer im Rahmen eines *Humanversuchs* ums Leben kam, der damit prinzipiell den angesprochenen Prinzipien unterliegt. (Im Übrigen deuten die genauen Umstände der Studie darauf hin, dass es sich hierbei nicht in erster Linie um medizinische Forschung handelte.) Voraussetzung für die Durchführung eines Humanexperiments ist zunächst die informierte Zustimmung des Probanden. Im Falle Frank Olsons wurde diese Bedingung offensichtlich

vollständig unterlaufen, da dieser ohne sein Wissen als Versuchsperson missbraucht wurde. Doch auch bei der Studie am PI ist in dieser Hinsicht gegen einige Prinzipien verstoßen worden. Angesichts der geschilderten Umstände – des mangelnden medizinischen Nutzens der Behandlung sowie der Unvorhersehbarkeit der Risiken – ist es zumindest unwahrscheinlich, dass er im Vorfeld adäquat über „Wesen, Bedeutung und Tragweite“ der Studie aufgeklärt wurde (wie vom BGH eingefordert), als er seine Zustimmung gab. Auch die Art und Weise, wie diese Zustimmung eingeholt wurde, ist zweifelhaft, da er, wie geschildert, von seinen behandelnden Ärzten erst zur Teilnahme überredet werden musste. Darüber hinaus wurde in Kapitel II.2.3.1 von Heinrichs bereits das Recht des Probanden angeführt, seine Zustimmung zur Teilnahme auch während einer laufenden Studie noch zu revidieren. Davon wurde Harold Blauer jedoch durch die direkte Androhung für ihn unangenehmer Konsequenzen abgebracht. Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass Harold Blauer weder adäquat über die Studie *informiert* wurde, noch eine gültige *Zustimmung* gab. Folglich war diese fundamentale Voraussetzung für die Durchführung von Humanexperimenten in beiden angeführten Studien nicht gegeben, was eine Verletzung des Prinzips der Selbstbestimmung bedeutet.

Die Schaden-Nutzen-Analyse erbringt angesichts der Schwere der Konsequenzen der Studien ebenfalls ein eindeutiges Ergebnis zu Ungunsten der durchgeführten Experimente. Es sei angemerkt, dass aufgrund des wechselseitigen Verhältnisses des Selbstbestimmungs- und des Nichtschadensprinzips angesichts der Verletzung des ersteren hier jeder mögliche Schaden allein aus diesem Grund zu einer Ablehnung der Durchführung der Studien hätte führen müssen. Der eventuelle Nutzen der Studien ist hier daher irrelevant. Ohnehin ist der (mögliche) Nutzen der Forschung vor allem bei grundlagenwissenschaftlichen, also nichtmedizinischen, Studien meist schwer zu beziffern. Im vorliegenden Fall ist es dagegen angesichts des offensichtlichen Ziels der Experimente – die systematische psychische Manipulation von Personen – naheliegend, die Durchführung derartiger Studien allein aus diesem Grund als moralisch fragwürdig anzusehen.

Angesichts der Willkür der Probandenwahl im Falle Olsons und der anscheinend gezielten Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhältnisses zur Durchführung der Studie im Falle Blauers kann von einer gerechten Probandenwahl hier selbstverständlich keine Rede sein, so dass auch das dritte der im Zusammenhang mit Humanexperimenten relevanten Prinzipien – das Gerechtigkeitsprinzip – in beiden Fällen verletzt wurde.